

Schütte, Martin

Article

Griechenland-Krise: Wunsch und Wirklichkeit

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Schütte, Martin (2015) : Griechenland-Krise: Wunsch und Wirklichkeit, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 68, Iss. 18, pp. 12-17

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165643>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Griechenland-Poker hat mit der vorläufigen Einigung auf ein erneutes Hilfspaket zunächst eine Auszeit genommen. Ein Ende ist allerdings nicht in Sicht, und es bleibt die groteske Situation, dass der einzig sinnvolle und zielführende Vorschlag, die längst eingetretene Insolvenz Griechenlands bewältigen zu können, nämlich ein Schuldenschnitt, von der griechischen Regierung kommt und nach wie vor von den europäischen Gläubigern abgelehnt wird. Die Vorschläge und Bedingungen der Gläubiger dagegen sind unrealistisch und können die Überschuldung nicht bewältigen. Das zeigt schon eine Plausibilitätsüberprüfung, die jedem Laien möglich ist.

Natürlich kennen die verantwortlichen Politiker den Realitätsgehalt ihrer Vorschläge und Maßnahmen. Eine öffentliche Diskussion darüber wird aber nicht geführt, sondern mit Visionen vernebelt und mit Schlagworten im wahrsten Sinne des Wortes totgeschlagen. Auf mögliche Gründe dafür kann hier nicht eingegangen werden, da dies den Rahmen des Beitrags sprengen würde. Er beschränkt sich auf die Plausibilitätsprüfung und Vorschläge zum Vorgehen. Die dabei verwendeten Zahlen stammen, soweit nicht anders angegeben, von Eurostat.

Was wollen die Gläubiger erreichen?

Das Hauptziel der Gläubiger ist die Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit Griechenlands, d.h. die Fähigkeit, die Schulden bedienen zu können (*Schuldendienstfähigkeit*). Das ist nicht nur das Ziel der EU, sondern auch satzungsmäßige Voraussetzung für Hilfen des IWF und soll durch *Strukturreformen, Institutionenaufbau* (d.h. funktionierende staatliche Grundfunktionen), *Abbau der Haushaltsdefizite* und der *öffentlichen Verschuldung* erreicht werden. Insgesamt soll dies zu einer Steigerung bzw. Wiederherstellung der *Wettbewerbsfähigkeit* und damit zu mehr *Wirtschaftswachstum* führen.

Wie realistisch sind die Ziele der Gläubiger?

Wirtschaftswachstum

Das zentrale Ziel und die verfassungsmäßige Grundlage der Währungsunion ist die im Maastricht-Vertrag festgeschriebene Obergrenze für die öffentlichen Schulden von max. 60% des BIP bei einer max. jährlichen Neuverschuldung von 3% des BIP. Schon dieses Ziel ist unrealistisch, da es ein jährliches Wirtschaftswachstum von 5% erfordert, nur um diese Relation

einzuhalten (wenn sie denn jemals erreicht worden ist). Eine solche Wachstumsrate ist für die Eurozone außerhalb jeder Reichweite und eine rein politische Festsetzung (vgl. Schütte 2010).

Für Griechenland wird für die Wiederherstellung der Schuldendienstfähigkeit inzwischen schon eine Relation von 120% als ausreichend erklärt. Bei einer Schuldenquote von 180%/BIP (vor den neuen Hilfspaketen) erfordert das eine Reduzierung um 60%/BIP. Das allein über Wachstum erreichen zu wollen, würde 1% Wirtschaftswachstum konstant über 41 Jahre, 3% über 14 Jahre oder 5% über acht Jahre verlangen – wohlgermerkt bei konstantem Schuldenstand, d.h. 0% Neuverschuldung über den jeweiligen Zeitraum. Dies anzunehmen, gehört in den Bereich des Wunschdenkens.

Was bedeutet Wiederherstellung der Schuldendienstfähigkeit?

Die Fähigkeit, die aufgenommenen Kredite bedienen, d.h. die vereinbarten Zinsen und Tilgungen bezahlen zu können, ist die Grundvoraussetzung für jede Kreditvergabe. Das gilt sowohl für Privatpersonen und Unternehmen als auch für Staaten. Bei Privatpersonen ist das das verfügbare Einkommen, das nach Abzug der Lebenshaltungskosten übrig bleibt, um die Kredite zu bedienen. Danach richtet sich die Kredithöhe. Bei Staaten ist das der sogenannte *Primärüberschuss*, d.h. das, was von den Einnahmen nach den

* Prof. Dr. Martin Schütte ist ehem. Vorstandsmitglied der HypoVereinsbank/Bayer. Hypotheken- und Wechsel-Bank AG sowie Lehrbeauftragter und Honorarprofessor der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Ausgaben übrig bleibt zur Bedienung der Schulden. Das ist das einzige harte Kriterium zur Beurteilung der Tragfähigkeit der bestehenden Verschuldung (vgl. Schütte 2010).

Der Primärüberschuss Griechenlands

Eurostat weist für Griechenland den Finanzierungssaldo erst seit 2006 aus. Für die Zeit davor (ab 2000) nennt das Bundesfinanzministerium ein jährliches Haushaltsdefizit von ca. 6% (vgl. Bundesministerium der Finanzen 2015). Auch seit 2006 konnte Griechenland nicht ein einziges Mal einen Primärüberschuss erzielen. Die Salden reichen von – 1,6% im Jahr 2006 bis – 10,3%/BIP im Jahr 2009. Der von der EU und Griechenland vermeldete erste positive Saldo mit + 0,4% ist durch das willkürliche Herausrechnen von Aufwandspositionen, z.B. der Zinsen für die Rettung der griechischen Banken, geschönt und damit »produziert« worden (vgl. *Spiegel online*, 5. Mai 2015). Jetzt wird für das Jahr 2015 von – 0,5% ausgegangen.

Welchen Primärüberschuss braucht Griechenland? Der geforderte Primärüberschuss wurde von Hilfspaket zu Hilfspaket ständig nach unten korrigiert: von mittelfristig 6% (1. Paket 2010) über 4,5% auf 1% im Angebot vor dem Referendum. Für 2016 wird zurzeit von 0,5% ausgegangen und wohl 3,5% für die nächsten Jahrzehnte angesetzt.

Der tatsächlich notwendige Primärüberschuss hängt von der Höhe der Schulden und vor allem dem Zinssatz ab, dessen Bestimmung schwierig ist (vgl. Sinn 2015, S. 13, 18 ff.), da innerhalb der Eurozone der Marktzins abgeschafft und durch die Festsetzungen der EZB ersetzt worden ist. Bei Griechenland wurde zusätzlich die Zinslast durch fortwährende Stundungen und Zinsverzicht der Gläubiger gegen null reduziert (zurzeit ca. 3 Mrd./p.a., d.h. weniger als 1%/p.a.).

Vor der Diskussion um den Euro Anfang der 1990er Jahre lagen die Zinsen für zehnjährige griechische Staatsanleihen bei 25%, nach dem Eurobeitritt bis 2007 bei ca. 5%. Nach Ausbruch der globalen Finanzkrise 2008 verdoppelte sich der Zinssatz auf ca. 10%, um in der Griechenland-Krise 2012 bis auf 40% hochzuschellen. Zurzeit beträgt er 16%.

Für unsere Fragestellung nach dem notwendigen Primärüberschuss nehme ich den Zinssatz des Jahres 2007 (vor Lehman) von 5,2%, obwohl eigentlich die Marktzinsen maßgebend wären. Dieser Satz allein ergibt eine Zinslast von 17 Mrd. Euro/p.a., d.h. einen erforderlichen Primärüberschuss von 9,4%/BIP, der sich auf 19% verdoppelt, wenn der Zinssatz der letzten acht Jahre, oder sich auf 45%/BIP vervielfacht, wenn die Marktzinsen vor den Beitrittserwartungen zugrunde gelegt werden. Das alles allein nur für die Zinsen ohne Ansatz von Tilgungsleistungen. Eine Diskussi-

on über die Realisierbarkeit eines erforderlichen Primärüberschusses erübrigt sich angesichts dieser Zahlen.

Wodurch könnte der Primärüberschuss Griechenlands gesteigert werden?

Ein Primärüberschuss kann durch Senkung der Ausgaben oder Erhöhung der Einnahmen – durch Erhöhung der Steuern und/oder Wirtschaftswachstum – gesteigert werden.

Weitere Ausgabensenkungen

Ein Maßstab für das Bestehen eines Spielraums für weitere Ausgabenkürzungen ist das strukturelle Gewicht der Staatsausgaben gemessen am BIP. Hier liegt Griechenland mit 49%/BIP genau auf dem Durchschnitt aller Euroländer. Deutschland hat mit 43,9% einen niedrigeren Anteil. Von den Krisenländern Spanien, Portugal und Irland liegen Spanien mit 43,6% und Irland mit nur 39% deutlich darunter, Portugal auf gleicher Höhe. Das spricht für ein zusätzliches Kürzungspotenzial.

Allerdings sind bei Griechenland zwei Besonderheiten zu berücksichtigen: die Entwicklung der absoluten Zahlen und der Einbruch des BIP. Griechenland hat seine Ausgaben von dem Referenzjahr 2006 in nur drei Jahren bis 2009 um 30,6 Mrd. Euro bzw. um 31% erhöht, um sie dann bis 2014 ebenso drastisch um 40,4 Mrd. Euro wieder zurückzufahren. Gegenüber dem Ausgangsjahr bleibt noch ein Rückgang um 2,3 Mrd. Euro oder 2,7%. Einen absoluten Rückgang der Ausgaben gab es in keinem anderen Krisenland. Parallel dazu ist das Wirtschaftswachstum in Griechenland ebenfalls dramatisch eingebrochen, mit – 17,5% gegenüber 2006 und – 26% gegenüber dem Höchststand 2008.

Hauptgrund für diesen dramatischen Verfall der Wirtschaftsleistung ist wohl, dass von den Rettungsprogrammen im Wesentlichen nur die Ausgabenkürzungen realisiert wurden, während die genauso wichtigen Strukturreformen nicht oder nur ansatzweise angepackt wurden.¹ Deswegen darf das Hauptaugenmerk nicht auf weiteren Ausgabenkürzungen liegen.

Durch Wirtschaftswachstum

Das Mantra aller Gläubiger und der USA ist Wirtschaftswachstum, das mit allen Mitteln (Stichwort: Geldschwemme durch die Notenbanken) angekurbelt werden soll. Angesichts der oben angeführten Zahlen, nach denen Griechenland in den letzten 15 Jahren noch nie einen Primärüberschuss erzielen konnte, ist die Vorstellung, allein durch

¹ »Im Wesentlichen sind die Bestandteile des neuen Programms bereits 2010 vereinbart worden. Sie wurden leider nicht umgesetzt. Die Troika hat deutlich gemacht, dass Griechenland 15 wichtige Reformen noch immer nicht angepackt hat.« (*Spiegel* 30/2015, S. 32).

Wirtschaftswachstum einen Überschuss in der erforderlichen Höhe zu erreichen, jenseits jeder Realität. Modellrechnungen, bei welchem Wirtschaftswachstum welche Steigerung eines Primärüberschusses sich ergäbe, erübrigen sich deshalb.

Durch Erhöhung der Einnahmen, insbesondere des Steueraufkommens

Auf der Einnahmeseite hat der griechische Staat einen erheblichen Spielraum für eine strukturelle Steigerung. Wiederum gemessen am BIP liegt Griechenland 2014 zwar mit einer Quote von 45,8% nur leicht unter dem Durchschnitt der Euroländer und sogar leicht unter dem Wert der anderen Krisenländer. Allerdings ist das auf den dramatischen und singulären Einbruch des griechischen BIP nach der Griechenland-Krise zurückzuführen. Wenn man die Gesamteinnahmen 2014 an dem jeweils höchsten BIP der letzten Jahre der Vergleichsländer misst, ergibt sich ein völlig anderes Bild. Dann liegt die Einnahmenquote für Griechenland, gemessen am BIP vor der Krise (2008), bei nur 38%/BIP. Das sind knapp 6%/BIP unter den Euroländern und sogar 9% gegenüber Portugal bzw. 13% gegenüber Italien. Das wäre das Potenzial für die Steigerung der Einnahmen, wenn Griechenland die Einnahmequoten der Vergleichsländer erreichen würde.

Das gleiche Bild ergibt sich für das Aufkommen aus Steuern und Sozialbeiträgen. Das Aufkommen liegt in Griechenland um 13%/BIP niedriger als bei den Euroländern oder 4% niedriger als in Spanien, 8% niedriger als in Portugal und sogar 14% niedriger als in Italien. Das bedeutet für unsere Schlüsselgröße, den Primärüberschuss, dass dieser um genau diese Prozentpunkte steigen würde, wenn Griechenland das Vergleichsniveau der anderen erreichen würde. Damit wären »eigentlich« die Probleme Griechenlands gelöst und seine Schuldendienstfähigkeit hergestellt. Handlungsfelder gäbe es genug. Der einzige international wettbewerbsfähige Wirtschaftszweig, die Schifffahrt, ist von Steuern und Abgaben nach wie vor komplett freigestellt. 2013 zahlten die Reeder 13 Mio. Steuern, die Matrosen 55 Mio. (vgl. *Spiegel* 25/2014, S. 87). Hinzu kommt, dass der griechische Staat fällige und nicht eingetriebene Steuern in der unglaublichen Höhe von ca. 80 Mrd. Euro vor sich herschiebt (vgl. *Spiegel* 17/2015, S. 62 f.). Genau darin liegt das Problem, das bisher alle Rettungsmaßnahmen ins Leere laufen ließ und auch in Zukunft laufen lassen wird: die fehlenden Institutionen und staatlichen Verwaltungsstrukturen.

Strukturreformen

Das Hauptproblem Griechenlands ist hinreichend bekannt und von vielen Seiten beschrieben: Es gibt keine funktionierenden Verwaltungsstrukturen, die einen modernen Staat

ausmachen, und vor allem, die Griechen scheinen das aus tiefer Überzeugung auch gar nicht zu wollen. Ich greife drei Schlüsselbereiche heraus: Steuern, Daten und Statistik sowie den kulturellen Aspekt. Die genauso wichtigen Themen Korruption, Klientel- und Vetternwirtschaft würden den Rahmen dieses Beitrags sprengen.

Aufbau eines funktionierenden Steuerwesens

Es gibt keine funktionierende Steuerverwaltung.² Das gilt für alle Funktionen, Veranlagung/Erhebung, Eintreibung sowie Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Betrug. Der Aufbau einer effizienten Steuerverwaltung war deshalb auch von Anfang an eine Kernforderung der Gläubiger. Das wurde auch akzeptiert und mit starker technischer und personeller Unterstützung seitens der EU 2010 angegangen. Allerdings wurde es nicht zu Ende geführt, sondern schleichend behindert und sabotiert. So wurde der aus den USA zurückgekehrte Chef der Steuerbehörde 2014 gefeuert.

Aufbau eines funktionierenden Statistikwesens

Ein weiteres Kernproblem ist das Fehlen verlässlicher und aussagekräftiger statistischer Daten. »Greek statistics« ist das international gebräuchliche Synonym für falsche oder gefälschte Zahlen. Bezeichnenderweise veröffentlicht Eurostat haushaltsrelevante Zahlen für Griechenland auch erst seit 2006. Deswegen war die Reform der griechischen Statistikbehörde von Anfang eine Kernforderung der Gläubiger. 2010 wurde das Statistikamt als weisungsunabhängige Behörde umgestaltet und mit Andreas Georgiou ein anerkannter und tatkräftiger Fachmann gefunden. Er hat seinen Vertrag wegen ständiger Behinderungen nicht verlängert. Gegen ihn wurde ein Verfahren eingeleitet, weil er »durch Falschbeurkundung dem Staat hohen Schaden zugefügt habe«.³

Die kulturellen Barrieren

Dieser Zustand, dass es den Griechen bisher nicht gelungen ist, ein europäischen Standards entsprechendes Staatswesen aufzubauen, wird von vielen Seiten beschrieben und mit der Kultur, dem Charakter und der Lebensauffassung der Griechen begründet, die wiederum auf die wechselvolle Geschichte des griechischen Volkes zurückgeführt wird. Bereits 1975 hat der angesehene Journalist und Schriftsteller Nikos Dimou eine Sammlung von Aphorismen zu den kulturellen Barrieren der Griechen herausgegeben unter dem Titel »Vom Unglück, ein Grieche zu sein«. Zu der 2012 erfolgten deut-

² Nach einem internen Bericht der EU und des IWF sind Steuerbeamte nicht fähig und willens, Steuern einzutreiben (vgl. *Spiegel* 10/2013, S. 88). Nach einem Zitat von Nikos Dimou ist die Steuerhinterziehung für die Griechen immer noch ein revolutionärer Akt, der Staat für viele Griechen nach wie vor eine feindliche Macht (vgl. *Spiegel* 28/2015, S. 87).

³ »Ich habe in den fünf Jahren alles gegeben, was ich konnte.« hat sich die ganze Zeit »wie in einem Alptraum gefühlt«, zitiert nach *Süddeutsche Zeitung*, 4. August 2015.

schen Ausgabe fügte er ein Postskriptum an: »(Der Grieche) ist hin und her gerissen zwischen seiner glorreichen Vergangenheit und seiner kümmerlichen Gegenwart, zwischen seiner orientalischen Mentalität und Sehnsucht nach Europa, zwischen den Kräften der Tradition (orthodoxe Kirche) und der Moderne. Griechenlands gegenwärtige Lage ist zu großen Teilen das Ergebnis dieser Mängel im nationalen Charakter. Die Griechen müssen sich neu erfinden, wenn sie in der heutigen Welt überleben wollen.« (Dimou 2012, S. 70 f.)⁴

Wie wahrscheinlich ist eine erfolgreiche Umsetzung der Strukturreformen?

Der Widerstand gegen die Umsetzung der Strukturreformen ist offensichtlich mit der tiefsitzenden Aversion der Griechen gegen einen funktionierenden und fordernden Staat begründet. Damit wird die Durchsetzung der geforderten Reformen extrem unwahrscheinlich, weil sie einen Kulturwandel und eine grundlegende Verhaltensänderung erfordern. Nach aller Erfahrung sind Veränderungen der Kultur und des Verhaltens durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Sie sind extrem schwierig, brauchen sehr viel Zeit und sind nicht mit Druck zu erreichen, sondern verlangen die Akzeptanz der Betroffenen (»need of change«). Das gilt für Kinder, Erwachsene, Unternehmen und Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße. Die Vorstellung, in Griechenland die geforderten Strukturreformen von außen und mit Druck bewirken zu können, ist naiv.

Das fehlende Vertrauen

Können wir darauf vertrauen, dass wenigstens die neue griechische Regierung unter Alexis Tsipras die notwendigen Strukturreformen umsetzt?

Der politische Amoklauf des Ministerpräsidenten und seines Finanzministers Yanis Varoufakis hat in der gesamten EU zu blankem Entsetzen geführt und selbst die stärksten Unterstützer, Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, und unsere Bundeskanzlerin dazu gebracht, öffentlich zu erklären, dass das Vertrauen zu den griechischen Repräsentanten zerstört worden sei. Merkel auf dem EU-Sondergipfel: »Die wichtigste Währung ist verlorengegangen, und das ist Vertrauen« (*Süddeutsche Zeitung*, 13. Juli 2015). Keine drei Tage später ist das Vertrauen soweit wieder hergestellt, dass

demselben Ministerpräsidenten neue Hilfsprogramme zugesagt wurden. Die Beträge wuchsen innerhalb von 14 Tagen von 29 Mrd. über 50 und 86 Mrd. auf zurzeit 100 Mrd. Euro (vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 16. Juli 2015). Derselbe Ministerpräsident, der das griechische Volk gegen die Gläubiger und deren Bedingungen für neue Kredite aufgeputscht und sich in einem Referendum das hat betätigen lassen, akzeptierte drei Tage später die um ein Vielfaches härteren Bedingungen für das neue Hilfspaket. Allerdings blieb er sich insofern treu, dass er sich persönlich davon distanzierte und als vergewaltigtes Opfer inszenierte. Seine ersten Amtshandlungen bestanden dann auch in dem Rückgängigmachen bereits beschlossener Reformen.⁵ Wer noch auf eine erfolgreiche Umsetzung der Reformmaßnahmen vertrauen kann, muss die Realität, die Erfahrung und den gesunden Menschenverstand ausblenden.

Die Politiker, die das tun, zerstören die noch viel wertvollere Währung: das Vertrauen in die Politik und die eigene Regierung.⁶ Dasselbe gilt für das Vertrauen in Europa insgesamt (vgl. Burghof 2015).

Fazit

Es bleibt nichts übrig, als die Rettungsmaßnahmen für Griechenland als gescheitert anzusehen. Die beiden Schlüsselziele, Abbau der Verschuldung und Wirtschaftswachstum, wurden total verfehlt: Die Verschuldung ist seit 2010, dem Beginn der Rettungsaktionen, bis jetzt (Stand: März 2015) um 264 Mrd. Euro oder 174% des BIP gestiegen (vgl. Sinn 2015, S. 31), und das nach dem Schuldenschnitt von über 100 Mrd. Euro. Sie wird mit den jetzt schon angekündigten Hilfskrediten nochmals um ca. 100 Mrd. Euro auf weit über 200% des BIP hochschnellen. Auch die Wirtschaft ist nicht nur eingebrochen, sondern inzwischen total zusammengebrochen. Kompletter kann ein Scheitern kaum sein.

Was ist zu tun?

Schuldenschnitt

Ein Schuldenschnitt ist unausweichlich, da die Realität der Zahlen und alle bisherige Erfahrung es ausschließen, dass Griechenland jemals in die Lage kommen kann, die bestehende Schuldenlast zu bedienen, geschweige denn abzu-

⁴ Vgl. andere Stimmen: Antigone Lyberaki, Wirtschaftsprofessorin aus Athen: »Unser politisches System ist vergiftet«. Jahrzehnte, in denen Schmiergelder und politische Beziehungen wichtiger waren als jede Leistung, haben Staatsapparat und Wirtschaftsstruktur zerstört. (vgl. *Spiegel* 28/2013, S. 65) Costas Bakouris, Unternehmer, Vorsitzender von Transparency Intern, Griechenland: »Unsere Gesellschaft, so wie sie jetzt ist, ist durch und durch verdorben. Wir sind gierig und unsozial geworden.« (vgl. *Spiegel* 42/2012, S. 100 f.) Lois Labrianidis, Wirtschaftsprofessor an der Universität Thessaloniki: »Uns fehlen die Parameter. Das große Problem ist die Steuerhinterziehung und Steuerflucht.« ... »Es gibt keinen politischen Willen, die Reichen zu jagen« (*Spiegel* 16/2013, S. 69 f.)

⁵ So wurde der Antikorruptionsbeauftragte wieder in Finanzministerium eingegliedert und damit die Weisungsunabhängigkeit wieder beseitigt. Die von Samaras eingeführten Immobiliensteuer wurde ohne Ersatz aufgehoben, die Steuerstundung weiter gelockert und die Grenze für Zwangsversteigerungen von Immobilien von 250 000 auf 500 000 verdoppelt (vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 10. April 2015).

⁶ Vgl. IW-Chef Michael Hüther: »Es gibt einen Teufelskreis aus ökonomischer Krise und Misstrauen in die Politik« (*Süddeutsche Zeitung*, 27. Juli 2015); der wachsende Widerstand in der Regierungspartei CDU: von vier Neinstimmen beim 1. Hilfspaket 2010 auf 60 bei dem Verhandlungsmandat für ein 3. Hilfspaket (vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 18./19. Juli 2015).

tragen. Die Höhe eines Schuldenschnitts ist eine politische Frage, bei der folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssten. Selbst bei einem vollständigen Streichen der Schulden ist ein Wiederaufbau eines Schuldenbergs zu erwarten, solange die Strukturreformen und der dafür erforderliche Kulturwandel nicht realisiert worden sind. Daneben wäre es ein verheerendes Signal gegenüber allen anderen Mitgliedsländern und geradezu eine Aufforderung, das griechische Vorgehen zu kopieren und eine griechische »Lösung« erreichen zu wollen.

Auf keinen Fall darf ein Schuldenschnitt einfach so ausgesprochen und gewährt werden, sondern er muss das Ergebnis eines geordneten Insolvenzverfahrens sein, in dem (wie üblich) als erstes über den Eigenbeitrag des Schuldners verhandelt wird. Die Stichworte liegen auf der Hand: Zugriff und Heranziehung des Fluchtkapitals⁷, Belastung des inländischen öffentlichen und privaten Vermögens oder auch Einziehung der gehorteten Euro bargeldbestände. Als Muster könnten unser Solidaritätsbeitrag nach der Wiedervereinigung und der Lastenausgleich nach dem Kriege dienen.

Austritt aus der Eurozone (Grexit)

Genauso unausweichlich ist ein Austritt Griechenlands aus dem Währungsverbund. Die schon bei seiner Aufnahme in die Eurozone von vielen Seiten geäußerten Bedenken, dass das Land mit einer gemeinsamen Währung völlig überfordert sei, haben sich leider für alle sichtbar bewahrheitet. Stellvertretend für alle stehen die glasklaren Analysen und jahrelangen, unermüdlichen Warnungen und Lösungsvorschläge von Hans-Werner Sinn.

Als Ergebnis stehen wir vor einem Scherbenhaufen an Schulden (inzwischen mit dem Schuldenschnitt ca. eine halbe Billion für ein Land, das nur für knapp 2% der Wirtschaftsleistung der Währungsgemeinschaft steht), einem wirtschaftlichen und politischen Chaos sowie einer sozialen Katastrophe in Griechenland und einer Gefährdung der Stabilität und des Zusammenhalts der gesamten Eurozone.

Bezeichnend dafür ist, dass einer der Väter des Euro, Wolfgang Schäuble, und einer der Großväter des Euro, der französische Ex-Präsident und mit Helmut Schmidt Architekt des Europäischen Währungsverbunds (EWS) als geplanten Vorläufer des Euro, offen für einen Grexit mit späterer Wiedereintrittsoption plädieren. Begründung für beide ist die tiefe Sorge, dass ein Verbleib Griechenlands in der Eurozone und eine Weiterführung der bisherigen Rettungspolitik den gesamten Euro und damit ihr Lebenswerk zerstören würden. Beide weisen mit Recht darauf hin, dass ein Austritt

aus der gemeinsamen Währung nicht gleichbedeutend ist mit dem Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft, im Gegenteil sollten die Möglichkeiten der Gemeinschaft genutzt werden, um Griechenland mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bei der Überwindung seiner Probleme zu helfen (wie den anderen Mitgliedsländern, die der Hilfe bedürfen). Hinzu kommt die Erfahrung, dass Schuldenschnitte nachhaltigen Erfolg nur in Verbindung mit starken Abwertungen haben, was einen Grexit voraussetzt (vgl. Hanisch, Wohlrabe und Wollmershäuser 2015).

Die Risiken

Natürlich sind bei einem Grexit die über die rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte hinausgehenden politischen Risiken zu bedenken. Das sind z.B. geopolitische Risiken, die sich aus einem Abdriften Griechenlands in einen failed state ergeben oder die Gefährdung der Achse Frankreich-Deutschland, mit der jetzt offen der französische Präsident als Druckmittel gedroht hat (wie schon sein Vorgänger Sarkozy 2010 bei der Entscheidung über den Aufkauf von Staatspapieren durch die EZB). Diese Risiken sind abzuwägen mit den Risiken, die sich aus dem Festhalten an der bisherigen Rettungspolitik ergeben. Das würde zu einer Überforderung und Gefährdung der Wirtschaftskraft der gesamten Eurozone führen. Allein die bisher an Griechenland vergebenen Kredite betragen mit dem bereits erfolgten Schuldenschnitt ca. 430 Mrd. Euro und werden mit dem erneuten Hilfspaket die halbe Billion erreichen bei einem Anteil Griechenlands von nur 2% am BIP der Eurozone. Nimmt man das als Maßstab und überträgt den Schuldenstand Griechenlands auf die anderen Problemländer, ergeben sich folgende Zahlen: für Portugal, Irland und Spanien Schulden von 3,5 Billionen Euro, mit Italien von 8 Billionen Euro. Das sind ohne Italien 40% des BIP der übrigen Mitgliedsländer oder 170% des deutschen BIP, mit Italien 80% der anderen Länder oder ca. das Vierfache des deutschen BIP. Das wäre die Zerstörung des wirtschaftlichen Kerns Europas (vgl. auch Berechnung in Sinn 2015, S. 25). Dieser Preis sollte uns zu hoch sein.

Es ist überfällig, dass diese Risiken, die sich aus der Zusammensetzung der Eurozone oder der gemeinsamen Währung insgesamt ergeben, endlich auf breiter parlamentarischer Ebene und in der Öffentlichkeit offen diskutiert und gegeneinander abgewogen werden.

Dazu gehören auch die geopolitischen Risiken, zu denen aus Platzgründen nur die folgenden Stichworte gegeben werden können. Ein Abdriften Griechenlands kann und muss durch die vielfältigen Unterstützungsmöglichkeiten der EU verhindert werden. Eine nachhaltige Schwächung der Wirtschaftskraft der Eurozone würde die Beherrschung der geopolitischen Risiken erschweren und eine Stabilisierung der Eurozone die Möglichkeit eröffnen, sich auf die wichtigen Felder einer gemeinsamen Außen- und vor allem auch Ver-

⁷ Ein Anhaltspunkt für die Höhe von Fluchtgeldern ist der Target-Saldo Griechenlands von 110 Mrd. Euro (vgl. Jörg Krämer, Chefvolkswirt der CoBank in *Süddeutsche Zeitung*, 1. Juli 2015).

teidigungspolitik zu konzentrieren. Das spricht dafür, die Stabilisierung der Eurozone keinen geopolitischen Gesichtspunkten unterzuordnen.

Die Verantwortung Deutschlands

Von allen Seiten wird Deutschland an die große Verantwortung erinnert, die es als größtes und wirtschaftlich stärkstes Mitglied der EU trägt und eine großzügige Haltung und Unterstützung Griechenlands eingefordert. Die Verantwortung trägt Deutschland ohne Zweifel. Sie besteht aber nicht nur gegenüber Griechenland, sondern gegenüber allen Mitgliedern der Eurozone, insbesondere auch den Mitgliedern in Nord- und Osteuropa, und der EU insgesamt. Der griechischen Regierung ist es zwar perfekt gelungen, die Verantwortung für die selbst verschuldete Misere den herzlosen und brutalen Gläubigern zuzuweisen, insbesondere Brüssel und Berlin, und gezielt ein wirksames Erpressungspotenzial aufzubauen.⁸ Aber Deutschland wird seiner Verantwortung nicht dadurch gerecht, dass es den immer neuen griechischen Kreditwünschen nachgibt, sondern dadurch, dass es eine Gefährdung der gesamten Gemeinschaft durch eine Fortführung der bisherigen, gescheiterten »Rettungspolitik« verhindert und die Interessen und Lage der anderen Mitgliedsländer berücksichtigt.

Wie die Lage dort aussieht, zeigt das Stimmenverhältnis in der Grexit-Debatte: Eine überwältigende Mehrheit von 15:3 Stimmen sind für einen Grexit (Schäuble im Interview in *Spiegel* 30/2015, S. 31). Durchgesetzt hat sich dann mit massivem Druck Frankreich zusammen mit Italien und Zypern. Frankreich wehrt sich gegen die Einhaltung von Regeln, wenn sie es selbst betreffen, und strebt eine Transferunion an, die den Euro sprengen und auch die EU vor eine Zerreißprobe stellen würde. Auch hier wird Deutschland Verantwortung zeigen und die Interessen der Gemeinschaft auch Frankreich gegenüber vertreten müssen. Wie das aus osteuropäischer Sicht aussieht, hat gerade der Vater des polnischen Wirtschaftswunders, der langjährige Finanzminister und Chef der polnischen Zentralbank, Leszek Balcerowicz, in München auf dem Münchener Seminar von Süddeutschen Zeitung und dem ifo Institut beschrieben. »Die Polen sind durchaus beeindruckt von den Horrorstories aus der Eurozone«. Über 90% der Bevölkerung würden einen Beitritt Polens in die Eurozone ablehnen (vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 16. Juli 2015).

Die nächste Stufe ist, dass kleinere Länder, die ebenfalls wie Polen in einer stabilen Lage sind, freiwillig den Euro aufgeben, weil sie darin eine Gefährdung ihrer eigenen Entwicklung sehen. Auch hier trägt Deutschland Verantwortung zu

verhindern, dass stabile und gesunde EU-Mitglieder abgehalten werden, dem Euro beizutreten und ihn zu stärken, oder gesunde und starke Mitglieder den Euro verlassen.

Schlussbemerkung

Ein Schuldenschnitt ist zwingend notwendig. Das sollte zum Anlass genommen werden, in einer Schuldenkonferenz die Situation der gesamten Eurozone auf den Prüfstand zu stellen und Schuldenschnitte gegen zeitweisen Austritt aus dem Euro anzubieten. Das nächste Hilfspaket muss so geschnürt werden, dass es die letzte Chance für Griechenland ist und das Land bei Nichterfüllung der Strukturreformen zum Verlassen der Eurozone gezwungen wird, indem Kreditauszahlungen durch die EU und EZB eingestellt und die Regeln in einer überfälligen Insolvenzordnung für Mitgliedsländer festgeschrieben werden.

Es ist höchste Zeit, dass sich die politischen Wünsche der Realität anpassen und eine offene und ehrliche Diskussion über die politischen Ziele und Risiken geführt wird.

Literatur

- Bundesministerium der Finanzen (2015), *Länderanalyse Griechenland*, 28. Juli.
- Burghof, H.-P. (2015), »Spieltheorie pervers-Verhandlungsstrategie der griechischen Regierung«, *ifo Schnelldienst* 68(13), 22–26.
- Deutsche Bundesbank (2015), *Monatsbericht* August, Frankfurt am Main.
- Dimou, N. (2012), *Über das Unglück, ein Grieche zu sein*, Kunstmann, München.
- Hanisch, I., K. Wohlrabe und T. Wollmershäuser (2015), »Wie schnell erholt sich eine Volkswirtschaft nach einer Währungs- und Schuldenkrise?«, *ifo Schnelldienst* 68(13), 56–57.
- Schütte, M. (2010), »Kriterien für eine Staatsinsolvenz«, *ifo Schnelldienst* 63(23), 16–19.
- Sinn, H.-W. (2015), *Die griechische Tragödie*, ifo Schnelldienst Sonderausgabe, Mai.

⁸ Tsipras benutzt den Staatsbankrott als Waffe. Schon 2012 in Spiegel-Interview: Griechenland muss »ein systemisches Problem für Europa bleiben«. Nur so seien die Milliarden aus den Rettungspaketen gewährleistet. Nur so werde die EU Schulden stunden oder erlassen – aus Angst vor einer Ansteckungsgefahr (vgl. *Spiegel* 30/2015, S. 78 f.).